

INGOMAR KLEIN, WOLFGANG TRIEBEL

Quo vadis, Genosse Scharping?

Günter Grass setzte sich vor den Bundestagswahlen 1998 für die Ablösung der Regierung Kohl ein. Seine Forderungen an die neue Regierung brachte er in Thesen zum Ausdruck, in denen er die Reform der Bundeswehr als eine wesentliche Voraussetzung für die demokratische Neugestaltung Deutschlands bezeichnete. Er erwarte »...vom nächsten Verteidigungsminister, daß er all jene Rüstungsaufträge storniert, die Herr Rühle kurz vor Ladenschluß den allzeit interessierten Waffenschmieden zugeschustert hat. Die Bundesrepublik befindet sich nicht in Gefahr. Sie benötigt keine Eurofighter, die Millionen verschlingen, ein Steueraufkommen, das besser im Bereich der Hochschulen und der Berufsausbildung investiert werden sollte. Das gleiche gilt für neue Panzer und sonstiges Kampfgerät... So bleibt nur zu hoffen, daß uns die Bundestagswahl keine Große Koalition und mit ihr als Wunderwaffe einen Vizekanzler Rühle beschert.«¹

Wie der Ausgang der Bundestagswahl zeigte, waren diese Hoffnungen einer Mehrheit der Wähler aus dem Herzen gesprochen. Eine große Koalition mit Rühle als Vizekanzler blieb erspart. Dafür hat uns aber die rot-grüne Koalition den Sozialdemokraten Scharping als Verteidigungsminister verordnet, der, das darf man jetzt schon sagen, strammen Schrittes in den Spuren seines Vorgängers weiter marschiert. Wie eine Kampfansage an alle, die Hoffnungen wie G. Grass hegten, stellte er vor seiner Inthronisation die Bedingung, daß der Verteidigungshaushalt keinesfalls gekürzt, eher aufgestockt wird. Und er wurde Verteidigungsminister.

Die Koalition SPD-Bündnis 90/Die Grünen hat ihre Ziele auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Abschnitt XI der Koalitionsvereinbarung formuliert: »Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.«² Wer würde das nicht unterschreiben wollen? Danach wird es problematisch:

»Die neue Bundesregierung wird die Grundlinien bisheriger deutscher Außenpolitik weiterentwickeln...Grundlagen sind dabei die Beachtung des Völkerrechts und das Eintreten für Menschenrechte, Dialogbereitschaft, Gewaltverzicht, Vertrauensbildung ... Sie (die Bundesregierung) wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Kriegsprävention bemühen. Sie wird sich dabei von den Verpflichtungen zur weiteren Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, zur Rüstungsbegrenzung

Ingomar Klein – Jg. 1931, Ökonom, Agrarökonom, Prof. Dr. sc.oec., ab 1961 Dozent, 1967-1991 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1998 (mit Wolfgang Triebel: »Helm ab zum Gebet! Militarismus und Militarisierung – ein deutsches Schicksal?«; Mitglied der AG Friedenspolitik.

1 Kunst und Kultur, 6/98, S. 6.

2 Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998, in: Das Parlament Nr. 45 vom 30. Oktober 1998, S. 9.

und Abrüstung, zu einem ökonomischen, ökologischen, und sozial gerechten Interessenausgleich der Weltregionen und zur weiteren Einhaltung der Menschenrechte leiten lassen.«³

Das klänge alles sehr schön, wenn nicht bis in die jüngste Zeit hinein unter steter Beteuerung der Wahrung von Menschenrechten sowie des Verfassungs- und Völkerrechts diese Rechte gröblichst verletzt, zerbombt und mit Füßen getreten worden wären. Das läßt Mißtrauen aufkommen, besonders wenn dann noch von »Weiterentwicklung« der bisherigen Außenpolitik die Rede ist.

Zwiespältig ist auch die folgende Aussage der Koalitionsvereinbarung: »Die Bundeswehr dient der Stabilität und dem Frieden in Europa. Als fest in das atlantische Bündnis integrierte Armee ist sie im Sinne von Risikovorsorge weiterhin zur Landesverteidigung und Bündnisverteidigung zu befähigen. Eine vom Bundesminister für Verteidigung für die neue Bundesregierung zu berufende Wehrstrukturkommission wird auf der Grundlage einer aktualisierten Bedrohungsanalyse und eines erweiterten Sicherheitsbegriffs Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte überprüfen und Optionen einer künftigen Bundeswehr bis zur Mitte der Legislaturperiode vorlegen. Vor Abschluß der Arbeit der Wehrstrukturkommission werden unbeschadet des allgemeinen Haushaltsvorbehalts keine Sach- und Haushaltsentscheidungen getroffen, die die zu untersuchenden Bereiche wesentlich verändern oder neue Fakten schaffen.«

Betrachtet man diese Aussage genauer, dann soll die Bundeswehr weiterhin zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt werden. Bis hierher könnte man noch folgen, denn: »Der Grad der effektiven oder perzipierten Gefährdung und die sicherheitspolitischen Ziele eines Landes sind die wesentlichen Kriterien für militärpolitische Aufwendungen, vor allem rüstungspolitische Mittel und bündnispolitische Aktivitäten.«⁴ Wer aber perzipiert in Europa oder der Welt Feinde, gegen die sich Deutschland mit militärischen Mitteln verteidigen muß? Wozu eine aktualisierte Bedrohungsanalyse, hat sich an der Feststellung in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« (VPR) von 1992 etwas geändert? »Deutschland ist nicht länger Frontstaat. Stattdessen ist es heute ausschließlich von Verbündeten und befreundeten Partnern umgeben.«⁵ Trotzdem wurde seit 1992 weiter gerüstet. Sind der Regierung Schröder der gegenwärtige Umfang, die Struktur, die vorhandenen und geplanten Ausrüstungen der Bundeswehr nicht ausreichend bekannt? Weshalb und wozu wird ein erweiterter Sicherheitsbegriff gebraucht? In welche Richtung soll er erweitert werden? Offenichtlich knüpft die neue Regierung in ihrer Militärpolitik bei den von der Kohl-Administration vorgegebenen Positionen an.

Da die VPR in den Massenmedien kaum eine Rolle spielten und der Mehrheit der Bürger kaum bekannt sein dürften, seien einige Passagen daraus angeführt, zumal die neue Bundesregierung diese militärpolitische Konzeption ihrer Vorgänger vorbehaltlos zu übernehmen scheint.

Die VPR werden u.a. als »...verbindliche Grundlage für die Arbeit in den Organisationsbereichen des Ministeriums sowie für die deutsche Interessenvertretung nach außen« bezeichnet. Deut-

Wolfgang Triebel – Jg. 1930, Politikwissenschaftler, Historiker, Prof. Dr. sc. phil.; 1968-1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dozent, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Lehrgebiete Sozialismustheorie, Theorie internationale Beziehungen. Ab 1991 Grotewohl-Forschung und politikwissenschaftliche Arbeit in der AG Friedenspolitik.

3 Ebenda. Alle folgenden Zitate sind der angegebenen Quelle entnommen.

4 Dieter Nohlen: Wörterbuch Staat und Recht, Bonn 1998, Stichwort Militärpolitik.

5 Der Bundesminister der Verteidigung. Verteidigungspolitische Richtlinien, Bonn 26. November 1992. Alle Zitate sind dieser ministeriellen Veröffentlichung entnommen. Text s.a. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1993.

sche Interessenvertretung nach außen als Auftrag der Bundeswehr ist doppeldeutig. Verständlich ist der »Schutz der territorialen Integrität, der Sicherheit der Bürger sowie der freiheitlichen demokratischen Lebensordnung« gegenüber Gefahren von außen. Das ist in der Tat »eine existenzbegründende Verpflichtung des Staates«. Da die Bundesrepublik nun einmal dem Militärbündnis NATO angehört, ist noch akzeptierbar, daß ein Bundeswehrauftrag auch den Schutz der Gemeinschaft der verbündeten Staaten einschließt, sofern ihnen von außen Gefahr droht. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien hätten folgerichtig die Reaktion bei von außen drohender Gefahr zum Gegenstand!

Wie aber ist zu verstehen, wenn es in den VPR heißt: »Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken.« Das ist sicher auch umgekehrt möglich. Was aber hat das mit Verteidigungspolitik zu tun? Unterschiedliche Interessenlagen zwischen verbündeten Staaten sind doch normal und kein Angriff von außen, jedenfalls in der Regel nicht. Oder soll das heißen, daß Deutschland sich einen militärischen Alleingang vorbehält, wenn die Bündnispartner nicht bereit sind, deutsche Interessen zu akzeptieren und mitzuvertreten? Die Bestimmung dessen, was in den VPR als »vitale Sicherheitsinteressen« Deutschlands definiert wird, weckt diesen Verdacht. Sie sind in zehn Punkten aufgeführt und lassen aufhorchen. Neben Schutz Deutschlands, Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, Vertiefung der europäischen Integration usw. werden genannt:

(7) »Förderung der Demokratisierung und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Europa und weltweit.«

(8) »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltordnung.«

(10) »Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie.«

Welche Vorstellungen haben die Verfasser von Demokratie, freiem Welthandel und gerechter Weltwirtschaftsordnung, wenn sie das als Aufgaben der Verteidigungspolitik ansehen und gegebenenfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen bereit sind? Was bedeutet es, internationale Institutionen militärisch beeinflussen zu wollen?

Die unter (3) genannte »Bündnisbindung an die Nuklear- und Seemächte in der Nordatlantischen Allianz, da sich Deutschland als Nichtnuklearmacht und kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen nicht allein behaupten kann« weckt außerdem die Befürchtung, daß Deutschland als »Nichtnuklearmacht« sich die Option offenhalten will, die Durchsetzung deutscher »weltweiter Interessen« im Bündnis mit den Nuklear- und Seemächten der Nordatlantischen Allianz gegenüber all denen zu verfolgen, die sich widersetzen sollten. Gerecht ist eine Weltwirtschaftsordnung offensichtlich nur dann, wenn sie vor allem deutschen Interessen

dient. Um das anderen Völkern plausibel zu machen, müssen sie auch mit militärischen Drohgebärden, einschließlich der Drohung mit atomaren »Schlägen« rechnen.

Der Kabinettskollege des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Scharping, Außenminister Fischer von Bündnis 90/Die Grünen, war in einem Interview auf die Koalitionsvereinbarung eingegangen und stellte die NATO-Doktrin des militärischen Erstschlages zur Disposition.⁶ In der Vereinbarung steht: »Zur Umsetzung der Verpflichtungen zur atomaren Abrüstung aus dem Atomwaffensperrvertrag wird sich die neue Bundesregierung für die Absenkung des Alarmzustands der Atomwaffen sowie zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen einsetzen.«

Damit würde eine militärisch ohnehin unwirksame, politisch aber höchst brisante und die Existenz der Menschheit gefährdende Doktrin endlich beseitigt werden. Ihre Beibehaltung dient nur der Begründung der weiteren atomaren Aufrüstung. Scharping beeilte sich gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen William Cohen, sich vom Außenminister seiner eigenen Regierung zu distanzieren. Beide Verteidigungsminister sind sich einig, den Kern der NATO-Strategie nicht zu ändern. Die USA-Außenministerin bekräftigte: »Wir denken, daß eine Überprüfung nicht notwendig ist und daß wir die richtige nukleare Strategie haben.« Ähnlich äußerten sich auch die Außenminister Frankreichs und Englands.⁷ Auch sie wollen die nukleare Erstschlagsdoktrin beibehalten.

Vor kaum drei Monaten ging die Regierungskoalition noch von anderen Prämissen aus, die sogar in den VPR richtig charakterisiert wurden: »Deutschland liegt nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates ... der Widerspruch zwischen schützender nuklearer Abschreckung und der Gefahr, nukleares Schlachtfeld zu werden – hat sich aufgelöst.« Im Abschnitt »Die Risiken« der VPR heißt es: »Für Deutschland ist die existentielle Bedrohung des Kalten Krieges irreversibel überwunden. Der bedrohlichste Fall einer großangelegten Aggression ist höchst unwahrscheinlich geworden.« Der sozialdemokratische Verteidigungsminister kämpft aber wie sein CDU-Vorgänger trotz dieser für Deutschland neuen Sicherheitslage nicht nur um Beibehaltung der Rüstungspläne der vorangegangenen Regierung, sondern fordert sogar eine finanzielle Aufstockung des Verteidigungshaushalts seines vor größten sozialen Problemen stehenden Landes. Nicht genug damit, er tritt weiterhin für die atomare Erstschlagsdoktrin der NATO ein.

Schon die unbeabsichtigte Tötung oder Verletzung von Zivilpersonen, sogar die Schädigung ihres Eigentums werden vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als Kriegsverbrechen gewertet. Dem gleichen Gerichtshof zufolge ist auch die Drohung mit Kernwaffen völkerrechtswidrig.⁸ Gegen alle jene Politiker oder Militärs, gleichgültig welcher Nation, die für die Kernwaffenstrategie des atomaren Erstschlages eintreten, müßten eigentlich Strafverfahren eingeleitet werden. Statt an der NATO-Erstschlagsdoktrin festzuhalten, täte Minister Scharping gut daran, für die Beseitigung dieses Relikts des Kalten Krieges einzutreten und dafür zu sorgen, daß die immer noch rund sechzig in Deutschland

6 Vgl. Neues Deutschland, 26.11.1998.

7 Vgl. Neues Deutschland, 22.11. und 9.12.1998.

8 Vgl. Neues Deutschland, 26.11.1998.

stationierten Atomsprengeköpfe abgezogen und verschrottet werden. Warum sagt Minister Scharping nichts zur Aufhebung der VPR?

Selbst in militärischen Kreisen der Bundeswehrhochschule in Bremen wurde kritisch vermerkt, daß in den neunziger Jahren immer öfter deutsche Militärs die außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Bundesregierung bestimmen. Wir zweifeln nicht daran, daß Militärs die VPR verfaßt haben. Aber nur sie allein? Sollten nicht auch andere interessierte Kreise dabei die Hand geführt haben? Es fällt schwer zu glauben, daß sich Politik und noch weniger die Wirtschaft ein Diktat von Militärs gefallen lassen würden, wenn es nicht ihrem ureigensten Interesse entspräche. Sehr viel wahrscheinlicher ist, daß die Rüstungsmagnaten die Vorgaben für die VPR gemacht haben. Kohl erklärte bereits am Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 höchst selbstzufrieden: »Wir sind nicht nur nach der Zahl, sondern auch nach allen anderen Dingen das stärkste Land in Europa.« In seiner Regierungserklärung im Januar 1991 wurde er noch deutlicher: »Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen.«⁹

Zwei von Deutschland vom Zaune gebrochene Weltkriege in einem Jahrhundert vorbei, abgeschlossen? Deutschland kann sich wieder *offen* zu seiner Weltmachtrolle bekennen! So sah es auch der damalige Stinnes-Chef Kaske, welcher 1990 erklärte: »Nur von einer Position der Stärke in Europa können wir die Weltmärkte erobern.«¹⁰ Im gleichem Sinne äußerte sich der frühere Daimler-Benz-Chef Reuter: »Macht, gar Weltmacht setzt voraus, daß man die wirtschaftlichen Schlüsseltechnologien beherrscht.« Und an anderer Stelle. »Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt und wir wollen dabei sein.«¹¹ Weil das gewiß nicht idyllisch ablaufen wird, muß man sich militärisch stark machen. Deshalb stellte Reuter die rhetorische Frage; »Wollen wir wirklich unseren amerikanischen Freunden die Rolle des Weltpolizisten allein auflasten?«¹²

An Deutlichkeit lassen die angeführten Äußerungen von Konzernchefs kaum zu wünschen übrig. Ihr Wort und die von ihnen bestimmten Interessen haben Gewicht. Das um so mehr, als Daimler-Benz der größte deutsche Rüstungskonzern ist und sich anschickt, die Nummer Eins in Europa zu werden. Auch Siemens gehört zur ersten Reihe der Rüstungsunternehmen, hinter denen die Deutsche Bank steht. Diese Kräfte führen den Taktstock und dirigieren die »Marschmusik« für die Außen- und Sicherheitspolitik. Die Realisierung der von ihnen vorgegebenen Ziele überlassen sie Politikern und Militärs vom Schlage des damaligen Generalinspektors der Bundeswehr Klaus Naumann – jetzt im NATO-Hauptquartier –, der Kohls Bekenntnis zu Deutschlands Weltmachtrolle im Sinne »verantwortungsbewußter Machtpolitik« versteht¹³ und für den »nur noch zwei Währungen in der Welt gelten: wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen.«¹⁴ Von diesem Geist beseelt, wurde er zum Geburtshelfer der VPR, in denen die gepriesenen »vitalen Sicherheitsinteressen« zur »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« im Interesse der Multis und

9 Beide Zitate nach: Bullein, Schmidt, Schneider: Kerneuropa – Keim zur Weltmacht. isw, Report 23, S. 11.

10 Siemens-Mitteilungen 6/90.

11 HB (Halbjahresbericht?) 4.4.90.

12 Vgl. Interview in Der Spiegel vom 28.1.1991.

13 Vgl. Der Spiegel vom 6.4.1992.

14 Vgl. Der Spiegel vom 18.1.1993.

Global-players namens Daimler-Chrysler, Siemens usw. umfunktioniert werden. Für die Chefetagen der Großunternehmen muß die zur Weltmacht aufstrebende Geldmacht Deutschland mit militärischen Mitteln ausgestattet werden. Das ist des Pudels Kern.

15 Zitiert nach Bullein, Schmidt, Schneider, a.a.O., S. 15.

Deutsche Soldaten, so Klaus Naumann, müssen »im Grunde überall einsetzbar sein, wo es deutsche Interessen« gebieten.¹⁵ Out-of-area-Einsatz bedeutet, deutsche Soldaten haben dahin zu gehen und zu kämpfen, wo Monopolinteressen gefährdet sind. Das alles erinnert fatal an die Kanonenbootpolitik des deutschen Kaiserreiches. Trotzdem genießt auch heute noch eine solche Politik allerhöchsten Segen. Bundespräsident Herzog hob in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik die Notwendigkeit hervor, den Risiken des totalen globalen Wettbewerbs »vor Ort zu begegnen, [e]he sie zu uns kommen.« Dabei könne man nicht auf »hard power« verzichten, vielmehr müsse man auch bereit sein, »militärische Macht einzusetzen«.¹⁶ Muß man das kommentieren?

16 Bulletin, 15.3.1995, S. 162.

Ganz in diesem Sinne wurde in der Kohl-Ära eine neue Bundeswehr mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung geschaffen. Deren Wandel von einer auf Verteidigung nunmehr auf Aggression orientierten Truppe kommt besonders in dem 1996 in Calv in Dienst gestellten 1000 Mann starken Kommando Spezialkräfte (KSK) als Teil der Krisenreaktionskräfte (KRK) zum Ausdruck. Das Kommando Calv soll mit seinen Spezialwaffen hinter feindlichen Linien abspringen, gegnerische Kommunikationsnetze zerstören oder militärische Hauptquartiere im Hinterland lahmlegen. Zu seiner Ausbildung gehört das Agieren aus dem Hinterhalt, der Umgang mit Sprengmitteln, das Vorgehen nach Handstreichmanier sowie der Nah- und Häuserkampf. Jede der vier Kommandokompanien ist in Züge gegliedert, wobei der erste Zug auf das Eindringen zu Land, der zweite auf vertikales Eindringen aus der Luft, der dritte für amphibische Operationen und der vierte für den Kampf im Gebirge und unter arktischen Bedingungen spezialisiert ist. Diese Elitesoldaten müssen »höchstintelligent, robust, teamfähig«¹⁷, eben deutsche Krieger sein.

17 Vgl. Truppenpraxis 11/1996.

Das KSK soll nach dem Willen der Bundeswehrführung und des Ministers auch bei rein deutschen Militäroperationen, selbst wenn kein entsprechender Bundestagsbeschluß vorliegt, eingesetzt werden können. Sein Einsatz würde also gleich zweifachen Verfassungsbruch einschließen, weil das Bundesverfassungsgericht (BVG) am 12.7.1994 einen Out-of-area-Einsatz nur im Rahmen »eines kollektiven Sicherheitssystems« und nach mehrheitlicher Zustimmung des Bundestages als verfassungsrechtlich anerkannte.

Die Krisenreaktionskräfte (KRK) innerhalb der Bundeswehr gehen über das KSK hinaus. Nach offizieller Planung sollen die KRK 10 000 Mann umfassen. Diese schnellen Eingreiftruppen bestehen aus hochmobilen, weitgehend luftverlastbaren und jederzeit präsenten Kräften. Das Heer ist mit 25 Prozent, die Luftwaffe mit 30 Prozent und die Bundesmarine mit 40 Prozent ihres Bestandes beteiligt. Ohne auf weitere Einzelheiten der bereits so noch von Rüge forcierten »Reform« der Bundeswehr eingehen zu müssen, zeigt sich, daß hier etwas, weitgehend von der Öffentlichkeit fern-

gehalten und unbeachtet, in Gang gesetzt wurde, das nur als Bildung einer zur Aggression fähigen Truppe bezeichnet werden kann.

Von der Akzeptanz der VPR durch die SPD-dominante Regierung bis zum Entsenden von Kampftruppen ins Ausland ist es nur ein kleiner Schritt. Bereits Mitte November stimmte der Bundestag für den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo-Konflikt. Als einzige Partei stimmte die PDS gegen diesen völkerrechtswidrigen Beschluß.

Statt auf nichtmilitärische Komponenten der Lösung von Konflikten zu setzen, bevorzugt offensichtlich auch der neue Minister den Weg militärischen Eingreifens. UNO-Mandate werden offensichtlich als lästige Fesseln betrachtet. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die UNO-Charta bei internationalem Einschreiten in innere Krisen der einzige Weg sei, um zu Lösungen im Sinne der Menschenrechte zu kommen. Wieder werden die Menschenrechte strapaziert, während internationales Recht mißachtet wird. Tatsächlich wird in Kosovo erstmalig eine NATO-Aktion ohne Beteiligung der USA gestartet. Und wer neben der wirtschaftlichen Führung in Europa auch die militärische anstrebt, will dabei sein.

Daß entsprechend den VPR die Bundeswehr, insbesondere die KRK, »...mit allen nötigen Komponenten für einen flexiblen Einsatz versehen werden« muß, gilt als selbstverständlich. Für die KRK werden zum Teil völlig neue Waffensysteme, weitreichende Lufttransportsysteme, Mittel der elektronischen Aufklärung und Kampfführung, weltraumgestützte Aufklärungsvarianten, Waffensysteme mit erhöhter Feuerkraft und Gerät höherer Mobilität entwickelt. Zwischen 1996 und 2000 sollen demzufolge die Mittel zur Beschaffung militärischen Großgerätes von rund 6 Mrd. DM im Jahre 1996 auf 9.1 Mrd. im Jahre 2000 steigen.

Der neue Verteidigungsminister Scharping löffelt die Suppe aus, die sein Vorgänger gekocht hat. In einem Interview verwies er darauf, daß er nicht daran denke, das »Eurofighter-Projekt zu stoppen«. Um Mißverständnissen vorzubeugen, setzte er noch hinzu, daß Verträge abgeschlossen seien, »die kann und will ich nicht ändern.« Dieser Unwille richtet sich offenkundig gegen jegliche Forderungen, Beschaffungsprojekte zu stornieren. Noch ein Jahr zuvor hatten auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen, neben der PDS, gegen den Beschluß zur Beschaffung von 180 Kampfjets gestimmt. Allein für die 170 Mill. DM für einen Eurofighter könnten u.a. 1800 Ärzte oder Lehrer, 3000 Kindererzieherinnen, Krankenschwestern oder Sozialarbeiter bzw. 3000 bis 4000 ABM-Stellen für ein Jahr finanziert werden. Vergewahrtigt man sich, daß der Abschub nur einer Panzergranate dem Wert einer durchschnittlichen Monatsrente eines Rentners der neuen Bundesländer entspricht, kann man sich vorstellen, was mit diesen im wahrsten Sinne des Wortes verpulverten Summen für humanitäre, soziale und kulturelle Zwecke getan werden könnte. Im Unterschied zur zivilen Produktion ist die Rüstungsproduktion lukrativer, dort werden um das Mehrfache höhere Profite gemacht. Dabei können sich Rheinmetall und Wegmann, die Howald-Werft (HDW) und Thyssen-Nordseewerke, Daimler-Chrysler und DASA usw. der

Förderung des Staates gewiß sein. Nie war der Deal zwischen Politik, Militär und Wirtschaft enger als in der Gegenwart.

Der in der Koalitionsvereinbarung enthaltene Passus, wonach die europäische Rüstungsindustrie in ihrer Exporttätigkeit »einem verpflichtenden Verhaltenskodex« unterworfen wird, kann kaum mehr als ein müdes Lächeln hervorrufen. »Immerhin exportiert Deutschland – ohne den Umweg über andere EU-Staaten – Großwaffen im Wert von rund drei Milliarden Mark pro Jahr. Dazu kommen Dual-use-Güter, also zivil wie militärisch nutzbare Produkte, für zehn Milliarden Mark. Unbekannt ist die Höhe der immateriellen Leistungen, also von Know how oder Ausbildungshilfen. Bislang unterstützten auch SPD-Politiker selbst strittige Waffenexporte mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung. Bundeskanzler Gerhard Schröder beispielsweise hatte als niedersächsischer Premier Lobbyarbeit für U-Boot-Exporte in die dritte Welt betrieben.«¹⁸

18 Vgl. Neues Deutschland, 9.12.1998.

Das »Argument«, Rüstungsproduktion schaffe Arbeitsplätze, stellt die Tatsachen auf den Kopf. Tatsächlich werden hier im Durchschnitt zwei- bis dreimal weniger Arbeitsplätze benötigt als in der zivilen Produktion. Rüstungsproduktion vernichtet Arbeitsplätze.

Es ist kaum zu glauben, daß in der Koalitionsvereinbarung unter dem Abschnitt »Menschenrechtspolitik« steht: »Die Koalition unterstützt aktiv die Bemühungen um den Zusammenschluß der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie.« Diese Stärkung der Raum- und Luftfahrt ist ein kaum zu überbietender Kotau der rot-grünen Regierung vor der Rüstungsindustrie, besonders vor dem größten deutschen Rüstungskomplex Daimler-Chrysler mit der DASA. Er ist zugleich die verklausulierte Zustimmung zum Eurofighter und Rückendeckung für die deutsche Rüstungsindustrie, die zur Nummer Eins in Europa werden will. So erfolgt die Unterstützung ihres Konkurrenzkampfes mit der US-amerikanischen Rüstungsindustrie und um neue Exportmärkte. Für Verteidigungsminister Scharping gilt aber: »Angesichts weltweiter Firmenzusammenschlüsse bei gleichzeitiger Globalisierung der Märkte bleibt der Erhalt unverzichtbarer Kernfähigkeiten in einer wettbewerbsfähigen, konsolidierten, europäischen Rüstungsindustrie ständige Aufgabe.«¹⁹

19 Zitiert nach Thesen von Tobias Pflüger auf dem Friedenspolitischen Ratsschlag in Kassel 1998.

Mit anderen Worten: In einer von den Multis beherrschten Weltwirtschaft verlangt die Sicherung von Kapitalinteressen Militär, wozu Rüstungsproduktion unerlässlich ist. Da möchten auch die europäischen Rüstungsgiganten mit von der Partie sein, und die deutschen Waffenschmieden wollen an der Spitze rangieren.

Von den Experten der Bundeswehr werden die Beschaffungswünsche vorrangig mit allgemeinen Fortschritten der Rüstungstechnologie und den Gefahren ihrer Weiterverbreitung begründet. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß hier ein mit der Industrie vereinbartes Szenario über die Bühne geht. Die an der Rüstung profitierenden Unternehmen sind es, die aus Gründen der Kostenminimierung auf einen sich vergrößernden Markt hinwirken und dabei selbst potentielle Gegner mit dem modernsten Tötungsinstrumentarium beliefern. Daraus wird dann wieder der

Schluß abgeleitet, man müsse selbst besser gerüstet sein, die eigene Armee müsse mit moderneren Waffen und allem was dazugehört, ausgestattet werden. Danach werden auch diese Waffen exportiert, und das Ganze beginnt wieder von vorn.

Die Floskeln vom Verhaltenskodex und dem restriktiven Handhaben des Rüstungsexports sind nur eine Neufassung der unter der Kohl-Regierung verbreiteten Phrasen und bewirken bisher nichts. Laut Koalitionsvereinbarung soll im Laufe von zwei Jahren eine Wehrstrukturkommission Auftrag, Umfang und Ausrüstung der Bundeswehr überprüfen. Bis dahin bleibt alles wie gehabt. Die Beschaffungen laufen weiter, der Umbau der Bundeswehr zu einer Aggressionsarmee geht weiter, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik kann fortgesetzt werden. Nach Ablauf der vorgesehenen Frist für die Arbeit der Kommission sind dann alle Messen gelesen.

Die Passagen der Koalitionsvereinbarung zur Außen- und Sicherheitspolitik der seit Herbst 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung sind durchaus akzeptabel. Im einzelnen ist dort festgelegt:

- Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Sie ist als Beitrag zur globalen Zukunftssicherung zu entwickeln.
- Die Fähigkeit der EU zur zivilen Konfliktregelung ist zu steigern.
- Die NATO ist jenseits der Bündnisverteidigung an die Normen und Standards von UNO und OSZE zu binden.
- Die Bundesregierung ergreift Initiativen, die die rechtliche Basis der OSZE stärken.
- Kontrollierte Abrüstung der ABC-Waffen und vollständige Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen.
- Präventive Rüstungskontrolle.
- Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen.
- Die Bundesregierung wird sich mit Nachdruck um die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und ihre Prävention bemühen.²⁰

Das alles könnten Ansätze einer erfolgversprechenden Außen- und Sicherheitspolitik sein. Außenminister Joschka Fischer stellte im Sinne der Regierungsvereinbarung die NATO-Erstschlagsdoktrin mit Atomwaffen zur Disposition.

In der praktischen Politik der Bundesregierung seit der Übernahme der Amtsgeschäfte wurde jedoch bereits mehrfach gegen die angeführten Absichten verstoßen, was die angekündigte Kontinuität der Politik der neuen Bundesregierung gegenüber ihrer Vorgängerin nur allzu deutlich als direkte Fortsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik des Kohlschen Kabinetts sichtbar macht. Folgende Fakten belegen das:

- Die Umwandlung der Bundeswehr in eine zur Aggression befähigte Truppe wird fortgesetzt. KRK und KSK werden auf Out-of-area-Einsätze getrimmt. Verbunden damit werden durch Selbstmandatierung die UN unterhöhlt, Völkerrecht und Verfassung der BRD gebrochen.
- Die Bundeswehr bleibt in der gegebenen Stärke existent. Sie wird weiterhin modernisiert, was die Aufrechterhaltung der geplanten Beschaffungsprogramme einschließt.

20 Bundeskanzler Schröder am 23.11.1998 vor dem Diplomatischen Corps.

- An der atomaren Erstschlagsdoktrin will Bundesverteidigungsminister Scharping festhalten.
- Die Bundesregierung stimmte dem ohne UNO-Mandat geplanten NATO-Militäreinsatz in Kosovo zu.
- Die Entscheidung, die Bundeswehr an der Eingreiftruppe der NATO in Mazedonien zu beteiligen und sich am Schutz der OSZE-Beobachter zu beteiligen, ist Bruch des Völkerrechts. Auch der Einsatz von Bodentruppen wird nicht ausgeschlossen. Der Bundesverteidigungsminister sagte in diesem Zusammenhang: »Die Hoffnung auf friedliche politische Lösung darf nicht die einzige Grundlage unseres Handelns sein.«
- Die Zustimmung der Bundesregierung zu völkerrechtswidrigen Luftangriffen der USA und Großbritanniens und deren Agieren in den ebenso völkerrechtswidrig bestimmten Flugverbotszonen im Irak ist Duldung und Förderung einer Aggression.

So sieht die Bilanz der rot-grünen Sicherheitspolitik nach vier Monaten aus. Die innere Widersprüchlichkeit der Militär- und Sicherheitspolitik wurde schon vor Regierungsübernahme erkennbar, als Schröder erklärte, die Kontinuität bisheriger Politik wahren zu wollen und Verteidigungsminister Scharping dieses Amt nur übernahm, wenn der Verteidigungshaushalt nicht gekürzt wird. Diese Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik ist janusköpfig.

In Fortsetzung der von Rüge vorgegebenen Verteidigungspolitik schlägt sich Scharping auf die Seite jener Politiker der SPD, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die antimilitaristischen Positionen der SPD seit Bebel vergaßen. Erinnert sei an den August 1914, als eine SPD-Minderheit im Reichstag gegen den Krieg stimmte. Am 2. Dezember 1914 votierte nur noch einer der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Kriegskredite, Karl Liebknecht. Den entbrannten Weltkrieg charakterisierend, schleuderte er den im nationalistischen Taumel befindlichen Reichstagsabgeordneten zu: »Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, um die Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Verlauf und sein Charakter verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.«²¹

Geradezu frappierend erinnert Scharpings Verhalten an SPD-Minister, die am 10. August 1928 für die erste Rate zum Panzerkreuzerbau stimmten. Es waren Hilferding, Severing und Wissel. Vor der Abstimmung lautete eine Losung der SPD noch: »Kinder- speisung statt Panzerkreuzer.«

Deutschland hätte einen Verteidigungsminister nötig, der sich Karl Liebknecht zum Vorbild nähme. Der von Scharping eingeschlagene Weg ist nicht der, den die Wähler mit der Abwahl von Kohl/Kinkel erhofften.

Aus alledem ergibt sich für die Friedensbewegung, in ihren Anstrengungen, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wirklich zur Friedenspolitik zu machen, nicht nachzulassen. Im Mittelpunkt ihrer verstärkten Anstrengungen müssen die Forderungen stehen:

21 Vgl. Neues Deutschland, 3./4.12.1998.

Erstens: Kontinuierliche Senkung des Rüstungshaushaltes. Bei der immer wieder beteuerten schwierigen Finanzlage des Bundeshaushaltes ist hier eine der entscheidenden Quellen, um Mittel für den dringenden sozialen Bedarf freizusetzen.

Zweitens: Die Senkung der Ausgaben für den Verteidigungshaushalt muß verbunden sein mit der Stornierung des Eurofighterprojekts und ähnlicher Projekte sowie einschließen, keinerlei Unterstützung und Förderung der Rüstungsindustrie zu gewähren. Schließlich gehört ebenso ein generelles Verbot des Exports von Kriegswaffen und Dual-use-Gütern dazu.

Drittens: Die VPR sind zu annullieren. Die Bundeswehr ist ausschließlich auf Verteidigung zu orientieren, KSK und KRK werden aufgelöst. Die Bundesregierung lehnt die atomare Erstschlagsdoktrin ab und wird sich innerhalb dieses Paktes für ihre Beseitigung einsetzen.

Viertens: Die Bundesregierung sorgt unverzüglich für die quantitative und qualitative Abrüstung. Sie tritt konsequent für das Verbot der Atomwaffen ein und veranlaßt den Abzug der noch auf deutschem Territorium stationierten 60 Atomsprengköpfe.

Fünftens: Abschaffung der Wehrpflicht und schrittweise Verkleinerung der Bundeswehr.

Sechstens: Die Bundesregierung wird künftig ausschließlich für die friedliche Lösung nationaler und internationaler Konflikte eintreten, sich für friedliche Krisenprävention einsetzen und keinerlei militärischen Einsatz der Bundeswehr, ausgenommen im Verteidigungsfall, veranlassen oder gestatten.

Im trafo verlag
dr. wolfgang weist, Berlin
(Fax: 030/56701949; E-Mail:
trafoberlin t-online. de),
erschien von Ingomar Klein
und Wolfgang Triebel:
»Helm ab zum Gebet!«
Militarismus und Militarisie-
rung – ein deutsches
Schicksal?, 258 S., zahlrei-
che Abbildungen, 44,80 DM,
ISBN 3-89626-139-8